



**Unter Moderation** von (v. l.) Serhat Ulusoy stellten die Bundestagsabgeordneten Mahmut Özdemir und Bernhard Daldrup den Gesetzesentwurf für ein neues Staatsbürgerschaftsrecht vor. Bild: Knöpker

# Aus Einwanderungsland muss ein Einbürgerungsland werden

Von unserer Mitarbeiterin  
ANGELIKA KNÖPKER

**Kreis Warendorf / Ahlen** (gl). „Aus Einwanderungsland muss Einbürgerungsland werden“, das forderten am Sonntag die SPD-Bundestagsabgeordneten Bernhard Daldrup und Mahmut Özdemir, Mitglied des Innenausschusses. Im Sitzungssaal der Stadthalle stellten sie den Gesetzesentwurf der Koalitionsregierung zum Doppelpass für in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern vor. „Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich dafür ein, dass Menschen, die eingewandert sind, am öffentlichen Leben umfassend beteiligt werden“, erklärte Bernhard Daldrup. „Was wir brauchen, sind Regeln, die unserer vielfältiger werdenden Gesellschaft entsprechen, faire Chance auf Teilhabe und Zugehörigkeit für alle“, machte der Abgeordnete deutlich.

Als eine „himmelschreiende Diskriminierung“ bezeichnete Mahmut Özdemir die bisherige Regelung des Optionsmodells, nach dem sich Jugendliche und junge Erwachsene bis zu ihrem 23. Lebensjahr für eine Staatsbürgerschaft entscheiden müssen. „Es zählt die Chancengleichheit bei der Arbeit, in der Bildung und bei Bewerbungen“, will der Abgeordnete nach 1990 geborene Kinder von der Optionspflicht entbinden. Für Jugendliche bedeute das Optionsmodell einen Verrat am Elternhaus oder einen Verrat am Land, der unerträglich sei. Mit dem neuen Gesetzesentwurf werde das Modell abgeschafft. Voraussetzung für die deutsche Staatsbürgerschaft sei dann, dass Kinder und Jugendliche in Deutschland geboren und aufgewachsen sind. Auf Druck der CDU/CSU Bundestagsfraktion sei der Begriff „aufgewachsen“ aber neu definiert worden. Voraussetzun-

gen sind demnach: Nachzuweisen, acht Jahre in Deutschland gemeldet zu sein oder sechs Jahre eine Schule besucht oder einen Schulabschluss zu haben. Özdemir sieht in dieser Regelung eine bürokratische Stilblüte mit einem erheblichen verwaltungstechnischen Aufwand. Moderator Serhat Ulusoy vertiefte das Thema mit gezielten Fragestellungen. „Wenn jährlich nur 200 000 Einwanderer nach Deutschland kommen würden, würde die Bevölkerungszahl im Jahr 2050 von 82 auf 75 Millionen gesunken sein“, machte er die Bedeutung der Einwanderung deutlich und forderte eine Willkommenskultur für die Mitmenschen mit Migrationshintergrund. „Wir müssen ihnen Sicherheit bieten, damit sie in die Gesellschaft investieren“, sagte auch Mahmut Özdemir. Jeder Deutscher, der an der Zukunft des Landes mitarbeiten wolle, müsse Deutscher sein können.

# Verrat am Elternhaus oder am Land

SPD befürwortet liberaleres Einbürgerungsrecht / Diskussion mit Mahmut Özdemir und Bernhard Daldrup

-hat- **AHLEN.** Mit einer SPD-Mehrheit in Berlin könnten die Migranten in Deutschland auf eine deutlich liberalere Einbürgerungspraxis hoffen. Das machten der SPD-Kreisvorsitzende Bernhard Daldrup und sein Bundestagskollege Mahmut Özdemir am Sonntag bei einer Diskussionsveranstaltung zum Thema „Von der Einwanderung zur Einbürgerung“ in der Stadthalle deutlich.

In seiner Begrüßung äußerte Daldrup Verständnis für die Kritik an der Koalitionsvereinbarung nach dem Motto „Alles ist viel zu wenig“. Aber mehr sei bei den Koalitionsverhandlungen mit der CDU nicht machbar gewesen. In seinem 20-minütigen Impulsvortrag bezeichnete es Özdemir, der mit 27 Jahren das jüngste Mitglied seiner Fraktion ist, das bis dato geltende Optionsmodell als „himmelschreiende Ungerechtigkeit“. Für die jungen Menschen bedeute die Option, dass sie zwischen dem Verrat an ihrem Elternhaus oder an dem Land, in dem sie aufgewachsen sind, entscheiden



Als „himmelschreiendes Unrecht“ bezeichnete Mahmut Özdemir (Mitte) das geltende Einbürgerungsrecht. Der SPD-Bundestagsabgeordnete aus Duisburg diskutierte in diesen Tagen auf Einladung der SPD.

Foto: Dierk Hartleb

müssten. Das sei unerträglich, führte der Abgeordnete aus Duisburg-Homberg aus. Es sei nicht nachzuvollziehen, warum Menschen, die in Deutschland ihren Beitrag zum Bruttosozialprodukt leisteten und in die Sozialkassen einzahlten, vom

Wahlrecht ausgeschlossen seien.

Zugleich wies Özdemir darauf hin, dass die Optionsregelung noch bis zum Inkrafttreten des neuen Gesetzes gelte. Nachdrücklich forderte er die jungen Migranten auf, die die deutsche Staats-

bürgerschaft erwerben wollten, bis zur Vollendung des 23. Lebensjahres bei den Behörden den Antrag auf Einbürgerung zu stellen.

Zwar sei auch die mit der Union vereinbarte Novellierung des Staatsbürgerrechtes eine „bürokratische Stilblü-

te“, weil sie die Behörden verpflichte, die vorgegebenen Kriterien genau nachzuprüfen, aber es stelle gegenüber der Option eine Verbesserung dar. Moderator Serhat Ulusoy monierte aber, dass es in Deutschland keine Willkommenskultur gebe.

## SPD will Migranten beteiligen

-hat- **AHLEN.** Die SPD-Fraktion wird in der letzten Ratssitzung der Legislaturperiode einen Antrag einbringen, in dem sie die den Begriff sachkundiger Bürger im Ortsrecht durch sachkundiger Einwohner ersetzen lassen will. Das kündigte die SPD-Stadtverbandsvorsitzende Gabi Duhme am Sonntag bei einem Podiumsgespräch in der Stadthalle über Einbürgerung mit dem Bundestagsabgeordneten Mahmut Özdemir an. Damit könnten auch Menschen mit Migrationsgeschichte ohne deutschen Pass von den Parteien in die Ratsgremien entsandt werden. (Bericht folgt).

## SPD über Einbürgerungsrecht

-hat- **AHLEN.** Über die Pläne der Bundesregierung zur Reform des Einbürgerungsrechtes informiert am morgigen Sonntag, 4. Mai, der SPD-Bundestagsabgeordnete Mahmut Özdemir. Auf Einladung des SPD-Kreisverbandes

Warendorf informiert der Innenpolitiker über die geplante Änderung des Staatsbürgerschaftsrechtes. Die Veranstaltung, die von Serhat Ulusoy moderiert wird, beginnt um 11 Uhr in der Stadthalle.

# SPD: Wir hätten gerne mehr erreicht

SPD-MdB Mahmut Özdemir diskutierte über Einbürgerung / Optionsmodell soll zukünftig entfallen



**Diskutierten über Einbürgerung:** Mahmut Özdemir (r.) und Bernhard Daldrup (beide MdB) unter der Moderation von Serhat Ulusoy (l.)

Foto: Hartleb

-hat- **KREIS WARENDORF.** Die SPD geht die vorgesehene Änderung des Staatsbürgerrechtes nicht weit genug. Bei einer Diskussion im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Fraktion vor Ort“ räumte der SPD-Bundestagsabgeordnete Mahmut Özdemir am Sonntag in Ahlen ein, dass sich die SPD in der gegenwärtigen schwarz-roten Koalition nicht mit ihrem Konzept der Mehrstaatsbürgerschaft durchsetzen konnte. Immerhin sei es den Sozialdemokraten gelungen, dass das seit 2000

gültige Optionsmodell, nach dem sich Kinder mit ausländischen Wurzeln spätestens mit dem 23. Lebensjahr ent-

»Wir hätten uns eine weniger bürokratische Lösung gewünscht.«

Mahmut Özdemir

scheiden müssen, ob sie die deutsche Staatsbürgerschaft behalten wollen, im Zuge der Novellierung abgeschafft werde. Zukünftig erhalte

derjenige, der durchgängig seit acht Jahren in Deutschland lebt, mindestens sechs Jahre die Schule besucht hat und einen Schulabschluss vorweisen kann, die deutsche Staatsbürgerschaft. „Wir hätten uns eine weniger bürokratische Lösung gewünscht“, betonte Özdemir.

Der SPD-Kreisvorsitzende Bernhard Daldrup wies darauf hin, dass von den 20 000 im Kreis lebenden Ausländern die Türken mit über 7000 die größte Gruppe stellten. Es fehlte noch immer an Willkommenskultur.